

# Holzarbeiter-Zeitung

## Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Erscheint wöchentlich am Sonnabend.  
Abonnementspreis M. 1,50 pro Vierteljahr. Zu beziehen durch  
alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: M. Ranfer, Berlin.  
Für die Expedition und den Anzeigentell: Eduard Steinbrenner, Berlin.  
Redaktion und Expedition: Berlin SO. 16, Am Köntzischen Park 2.

Inserate für die viergespaltene Beitzelle oder deren Raum 60 Pfg.  
Vergütungsanzeigen und Arbeitervermittlungen 80 Pfg.  
Versammlungsanzeigen 15 Pfg.

### Wir bleiben die Alten!

Demnächst soll wieder ein neues Sammelwerk erscheinen, das, von Friedrich Thimme herausgegeben, Aufsätze von vierzig Politikern aus den verschiedenen Lagern umfaßt, die sich über den inneren Frieden des deutschen Volkes äußern. Von diesen Aufsätzen werden jetzt schon einige in der Tagespresse abgedruckt. Die „Post“ bringt aus der Abhandlung des freikonservativen preussischen Landtagsabgeordneten Otto v. Dewig einen Teil, der sich hauptsächlich mit der Stellung der Gewerkschaften beschäftigt und Gedanken äußert, die deutlich erkennen lassen, daß der Verfasser über Dinge urteilt, die er anscheinend nur sehr oberflächlich kennt.

Herr v. Dewig geht von der Spaltung in der sozialdemokratischen Partei aus. Er meint, daß sich eine Mehrheit von der weiter bestehenden radikalen Sozialdemokratie abgezweigt habe, und fährt dann fort:

„Die Träger der neuen Richtung, die sich an den Staat mit Leib und Leben und mit der Fülle vielseitigen Willens für das Gemeinwohl anschließen, sind die freien Gewerkschaften. Man darf dabei nicht vergessen, daß diese von der Sozialdemokratie als Kampforganisationen auf wirtschaftlichem Gebiet geschaffen wurden, und daß durch sie erst die Sozialdemokratie zu ihrer heutigen Machtstellung gelangt ist. Fällt dieser Teil künftig aus und marschiert er, wie der Führer der Gewerkschaft in Bremen es ausgesprochen hat, nicht mehr unter der Parole „Politik“, sondern der ökonomischen und kulturellen Verbesserung der Lage der Arbeiter, so ist die politische Ohnmacht der Sozialdemokratie durch die eigenen Genossen von gestern bis zu einem gewissen Grade besiegelt.“

Das ist die Grundlage des Luftschlosses, das sich Herr v. Dewig baut, und das er dann mit allen seinen Wünschen entsprechenden Bequemlichkeiten ausstattet. Für die Kenntnis des Verfassers von dem Wesen der Gewerkschaften ist es bezeichnend, daß er es als eine neue Offenbarung betrachtet, wenn die Gewerkschaften die ökonomische und kulturelle Verbesserung der Lage der Arbeiter als ihre Aufgabe ansehen. Für jeden, der die Bestrebungen der Gewerkschaften auch nur oberflächlich kennenzulernen sich bemüht hat, ist es klar, daß sie von jeher mit allem Nachdruck bestrebt waren, die wirtschaftliche Lage der Arbeiter zu heben. Von dem Erfolg dieser Tätigkeit hängt der Kulturstand nicht nur der Arbeiterschaft, sondern des ganzen Volkes ab.

Die unmittelbare Tätigkeit der Gewerkschaften bedarf aber einer verständnisvollen Unterstützung durch die Gesetzgebung. Bisher haben aber die Gewerkschaften für ihr großes Kulturwerk nur sehr geringes Verständnis bei der Regierung und den herrschenden bürgerlichen Parteien gefunden. Nur die Sozialdemokratie hat die auf ökonomische und kulturelle Verbesserung der Lage der Arbeiter gerichteten Bestrebungen in den Parlamenten gefördert, und deshalb haben die Gewerkschaften dieser Partei allein Vertrauen entgegengebracht. So wird es vorausichtlich auch in der Zukunft bleiben. Herr v. Dewig eröffnet nämlich nicht etwa die Aussicht, daß die bürgerlichen Parteien künftig den Bestrebungen der Gewerkschaften mehr Verständnis entgegenbringen; seine mißverständliche Auffassung von der gegenwärtigen Haltung der Gewerkschaften verleitet ihn zu der Annahme, daß diese sich künftig mit schönen Redensarten abspfeifen lassen und blindlings den Flötentönen des Rattenfängers folgen werden.

Von den Gewerkschaften meint Herr v. Dewig: „Bei enger Erwägung werden sie sich sagen müssen, daß die sozialpolitische Gesetzgebung von Kaiser und Bundesrat eingeleitet worden und daß eine wirksame Beihilfe dieser Faktoren des Reiches für die soziale Entwicklung des Staates in erster Linie erforderlich ist.“ Es kann nicht bestritten werden, daß die Mitwirkung dieser Faktoren nach der Reichsverfassung für die Gesetzgebung und somit auch für die sozialpolitische Gesetzgebung notwendig ist. Aber für die letztere ist nicht minder notwendig, daß die Arbeiter selbst als Dränger und Treiber auftreten. In den Parlamenten sind bisher noch immer die Sozialdemokraten das Mundstück für die Wünsche der Arbeiterschaft gewesen. Ihre Bedeutung für die sozialpolitische Gesetzgebung hat kein Geringerer als Bis marck anerkannt, als er in einer Rede am 26. November 1884 äußerte:

„Wenn es keine Sozialdemokratie gäbe, und wenn nicht eine Menge Leute sich vor ihr fürchteten, würden die mächtigen Fortschritte, die wir überhaupt in der Sozialreform bisher gemacht haben, auch noch nicht existieren.“

Nun wird den Arbeitern nicht etwa in Aussicht gestellt, daß in bezug auf die Förderung der Sozialpolitik die bürgerlichen Parteien mit den Sozialdemokraten Wettstreit wolle; nichts von dem. Den Gewerkschaften wird vielmehr gezeigt, nach welcher Richtung sie sich zu bessern haben, um unter Umständen zu erreichen, daß die herrschenden Gewalten ihren wirtschaftlichen und kulturellen Wünschen nicht ganz einnahmlos gegenüberstehen. Vor allen Dingen müssen sie den Klassenkampf abschwören. Sonderbares Verhalten. Als ob die Gewerkschaften und die Arbeiter den

Klassenkampf erfunden hätten. Nein, sie sind daran völlig unschuldig. Es ist zwar nicht unbedingt notwendig, daß es verschiedene Klassen der Bevölkerung gibt, aber gerade die Kreise, denen das Wort „Klassenkampf“ so schrill in den Ohren klingt, sind am sorgfältigsten darauf bedacht, die Klassencheidung und die Bevorrechtung der Geburt und des Besitzes zu erhalten. Das krampfhafteste Festhalten an dem Dreiklassenwahlrecht ist ein sprechendes Beispiel für die Erhaltung der Klassenherrschaft. Im Klassenstaat ist der Kampf der Unterdrückten gegen die Herrschenden eine Naturnotwendigkeit, wenn auch die Formen dieses Kampfes sich je nach den Zeitläuften ändern. Wer den Klassenkampf nicht will, möge den Arbeitern helfen an der Beseitigung der Klassenvorrechte. Mit der Beseitigung der Klassenherrschaft, welche die Arbeiter anstreben, verschwindet der Klassenkampf von selbst.

Es ist ganz ausgeschlossen, daß die Hoffnungen, die Herr v. Dewig auf die Haltung der Gewerkschaften setzt, jemals reifen könnten, eröffnet er ihnen doch selbst Aussichten, die sich wie ein Keil auf die loyalsten Blütenträume legen müssen. In wirtschaftlicher Beziehung stellt er den Arbeitern eine ungeheuer starke Belastungsprobe in Aussicht. Als Gegenleistung wird von der Beseitigung der gesetzlichen Bestimmungen, die einen Usurach mehr akzeptieren, nur insoweit gesprochen, als nicht besondere Interessen des Staates entgegenstehen. Das ist ein Wechsel, dessen Einlösung um so unsicherer ist, als ja bekanntlich alle Gesetze den besonderen Interessen des Staates entsprechen, wie ihn die herrschenden Klassen verstehen.

Das Zuckerbrot, das den Arbeitern geboten wird, hat also nur sehr problematischen Wert, um so handfester ist die Peitsche, die ihnen zugleich gezeigt wird. Mit ihren Ansprüchen an Lohn werden die Arbeiter nach dem Kriege sehr bescheiden sein müssen. Zunächst wird Mangel an Rohstoffen und an Zukunftsmöglichkeiten die Arbeitslosigkeit einengen, und wenn sicher doch im ersten Friedensjahr die Preisrichtung der Arbeitsstoffe einen ungewöhnlich hohen Stand aufweisen wird, so wird die Rückkehr zu den Lohnverhältnissen vor dem Kriege nicht ohne manche Enttäuschung in den Arbeiterkreisen auslösen und dem Anreiz zum Radikalismus Tür und Tor öffnen.

Die „Rückkehr zu den Lohnverhältnissen vor dem Kriege“ ist eine euphemistische Umschreibung für Lohnherabsetzungen. Also wenig Arbeitsgelegenheit, das heißt viel Arbeitslosigkeit, hohe Preise für die Lebensbedürfnisse und dazu niedrige Löhne! Da bedarf es wirklich keines Anreizes mehr, um auch den Sanftmütigsten in Erregung zu bringen. Um das Maß voll zu machen, kommt dazu noch eine ungeheure Steuerbelastung. Die jährliche Mehrbelastung des Etats von 4 bis 5 Milliarden Mark wird vor allem die Gegenstände des Massenkonsums treffen, unter weitgehender Schonung des Besitzes. Herr v. Dewig drückt das so aus: „Bei jeder Berücksichtigung der unmittelbaren Lebens- und Bedarfsmittel läßt es sich sicher nicht umgehen, Konsumartikel, wie Tabak, Bier, Wein usw., mit Steuern zu belegen.“ Hinter dem „usw.“ verbergen sich noch interessante Steuerobjekte, die im Interesse des „inneren Friedens“ vorläufig unausgesprochen bleiben. Herr v. Dewig gehört zu dem kleinen Kreis einflussreicher Politiker, welche die Rinde der Gesetzgebung in Händen haben, und was er den Arbeitern an unerfreulichen Dingen in Aussicht stellt, hat ein hohes Maß von Wahrscheinlichkeit für sich.

Als eine beleidigende Zumutung müssen wir es zurückweisen, wenn er im Anschluß an die Aussichten, die er den Arbeitern eröffnet, und den Hinweis darauf, daß im Interesse der „geldbedürftigen industriellen Betriebe“ der Besitz steuerlich geschont werden müsse, fortfährt: „Da wird es Sache der Gewerkschaftsführer sein, die Arbeiter aufzuklären und damit die Probe davon abzulegen, daß wirtschaftliche Vorbildung und der Wille vorhanden sind, den Staat über seine ökonomische Leidenszeit, die erst nach dem Kriege beginnt, hinwegzuhelfen.“ Die Gewerkschaftsführer werden allerdings, wie seither schon, so auch künftig die Arbeiter aufklären. Aber nicht in dem Sinne, wie es Herr v. Dewig erwartet, sondern sie werden ihnen sagen, daß sie ihre Kraft zusammenfassen, daß sie sich organisieren müssen, um ihre Rechte zu wahren und sich einen gerechten Anteil an dem Ertrage ihrer Arbeit zu sichern. Die Art „Neuorientierung“, wie sie Herr v. Dewig predigt, kann nie zum inneren Frieden führen.

Wir haben von Kriegsbeginn an die Verpflichtung der Arbeiter anerkannt, sich an der Verteidigung des Vaterlandes zu beteiligen, und wir haben bisher keine Veranlassung gehabt, unsere Auffassung zu ändern. Herrn v. Dewig aber und seinen Geistesverwandten, die uns mit glatten Worten zum Verrat an den Interessen der Arbeiterschaft verführen möchten, antworten wir mit den Worten Uhlands: „Ja, rat's aus Haß der Städter, und nicht um euren Dank!“ Nicht um die Klassenherrschaft der Bevorrechteten in Deutschland zu festigen, bejahen wir die Vaterlandsverteidigung, sondern im wohlverstandenen Interesse der Arbeiterschaft. Wenn es uns auch manches Unrecht zugefügt hat, so ist es doch unser Vaterland, und wir wollen nicht aufhören, daran zu arbeiten, daß es

auch für die, die bisher keine Stiefkinder waren, wohnlich wird. Wir können nicht dulden, daß Deutschland vom Feinde verheert, unsere jahrzehntelange Arbeit zur Hebung der Arbeiterschaft vernichtet, die Industrie zerstört und die arbeitende Bevölkerung dem Elend preisgegeben wird.

Weder mit Worten, noch durch Taten haben wir aber bisher zu erkennen gegeben, daß wir auch nur um Haarsbreite von den Zielen abweichen, die wir vor dem Kriege verfolgt haben. Wer etwas anderes glaubt, befindet sich in einem starken Irrtum. Den Versprechungen hinsichtlich der Neuorientierung nach dem Kriege standen wir stets skeptisch gegenüber. Lörich handeln die Arbeiter, die etwa im Vertrauen auf solche Versprechungen ihre Organisationspflicht vernachlässigen. Auch nach dem Kriege werden dem Fortschritt und dem Aufstieg der Arbeiterschaft auf allen Gebieten die schwersten Hindernisse in den Weg gestellt werden. Auf harte Kämpfe müssen wir uns gefaßt machen, welche die ganze Kraft der Arbeiterschaft in Anspruch nehmen werden. Erfolge werden wir nur erzielen, wenn wir einig sind. Mit innigem Behagen verfolgen die Feinde der Arbeiterklasse den Bruderkampf der Arbeiterschaft. Sorgen wir dafür, daß ihnen die Hoffnung, die sie daran knüpfen, verdorben wird. Die Gewerkschaften führen den Kampf für die wirtschaftliche Hebung der Arbeiterklasse; hier gibt es keinen Grund zur Zwietsracht. Den Feinden der Arbeiterschaft gegenüber halten wir zusammen: Wir bleiben die Alten!

### Kriegssteuern.

II.

wk. Die Rechte des Reichstages hatte sich von vornherein mit dem Steuerprogramm der Regierung einverstanden erklärt und gleichzeitig Verwahrung dagegen eingelegt, daß etwa versucht werde, neben der Kriegsgewinnsteuer eine zweite Besitzsteuer zu beschließen. Auch das Zentrum wollte von einer weiteren Besitzsteuer nichts wissen. Diese Partei hat zwar in der Vergangenheit lernen können, daß man nicht ungestraft dem Volke die ungerechtesten Lasten aufbürden darf. Aber die Augenwendung, die sie aus dieser Erfahrung zieht, besteht nur darin, daß sie die Waffenbelastung jeweils mit einem kleinen Zusatz von Besitzsteuern zu mischen sucht. Die Kriegsgewinnsteuer scheint ihr nun als Vergabe zu den von der Regierung vorgeschlagenen Massensteuern mehr als ausreichend. Das Bestreben des Zentrums war sogar darauf gerichtet, an den Motorwagen der Kriegsgewinnsteuer noch eine größere Verbrauchssteuerlast anzuhängen. Diesen Versuchen entsprach der Gedanke, den Quittungstempel durch eine Wareneinzahlungssteuer zu ersetzen, die mindestens den dreifachen Ertrag des ersteren liefert. Damit wurde auch dem starken Widerstand der Fortschrittler gegen die mit dem Quittungstempel verbundenen alltäglichen geschäftlichen Belästigungen Rechnung getragen. Freilich stieß auch die von den Gewerbe- und landwirtschaftlichen Betrieben nach der Höhe der Jahreserträge in einem Jahresbetrag mit 1 vom Tausend zu erhebende Wareneinzahlungs- oder Umsatzsteuer anfangs bei den Fortschrittler auf Widerpruch, der sich aber legte, als ihnen in den vertraulichen Verhandlungen, die zwischen den bürgerlichen Parteiführern unter sich und dann zwischen den bürgerlichen Parteiführern und der Regierung stattfanden, ein Zugeständnis gemacht wurde. Dies Zugeständnis bestand darin, daß neben der Kriegsgewinnsteuer, die als Steuer von dem in der Kriegszeit erzielten Vermögenszuwachs gedacht ist, eine einmalige Abgabe vom gleichgeordneten oder von dem um nicht mehr als 10 Prozent verminderten Vermögen erhoben werden soll. Vorher hatten die Fortschrittler gemeinsam mit der Sozialdemokratie für die wiederholte Erhebung des Wehrbeitrags gekämpft. Bei der ersten Ausschlußberatung war unter Mitwirkung der Nationalliberalen auch eine Mehrheit hierfür zustande gekommen. Dann traten aber die einzelstaatlichen Finanzminister auf den Plan und erhoben Einspruch gegen diesen „Uebergriiff“ in das Gebiet der direkten Besteuerung, das sie für alle Zeiten den Bundesstaaten reserviert wissen wollen. Diese Herren tun so, als ob sie die Tatsache gar nichts anginge, daß das Reich künftig Einnahmen in dreifacher Höhe braucht. Sie halten starr an dem Dogma fest, daß die Besitzbesteuerung den Einzelstaaten vorbehalten bleiben müsse. Nun will ihnen niemand diese Steuerquelle entziehen. Die Anhänger der Besitzbesteuerung durch das Reich wollen nur den Besitzenden neben den Steuern, die sie an die Einzelstaaten und Gemeinden zahlen müssen, noch eine Abgabe zugunsten der Reichskasse abnehmen. Weil die Bundesstaaten dieser Forderung „prinzipiell“ nicht zustimmen wollen, lehnten sie den Wehrbeitrag ab und geachtigten schließlich die eigenartig gestaltete „einmalige“ Abgabe von dem unverändert gebliebenen oder nicht erheblich verminderten Vermögensbestand. Die gesetzliche Grundlage dieser Abgabe wurde in das Kriegsgewinnsteuergesetz hineingearbeitet. Die Abgabe wird berechnet von dem Vermögensteil, um den das Vermögen am 31. Dezember 1916 90 Prozent seines Bestandes vom 31. Dezember 1913 übersteigt und beträgt 1 Prozent dieses Vermögensteils. Vermögen von weniger als 20 000 M. bleibt frei. Ein Vermögen, das am 31. Dezember 1913 250 000 M.

betrug, am 31. Dezember 1916 aber auf 245 000 Mr. festgestellt wird, hat von 20 000 Mr. 1 Proz. = 200 Mr. zu zahlen. Ist das selbe Vermögen in der Kriegszeit um 150 000 Mr. größer geworden, so ist von dem Zuwachs 34 500 Mr., vom alten Vermögensbestand 250 Mr. zu zahlen. Die Fortschrittler begnügten sich mit dieser allzu bescheidenen Besteuerung des alten Vermögensbestandes und gaben dafür ihre Zustimmung nicht nur zu der Wareneinkommensteuer, sondern auch zu der besonderen Abgabe, die mit den Post- und Telegrammgebühren erhoben wird, zu dem verallgemeinerten und verschärften Frachtturkundenstempel und zu der Erhöhung der Abgaben von Tabak, Zigarren und Zigaretten. Nur soll diese Erhöhung, soweit sie in der Steigerung des Wertzollens für Tabakblätter besteht, erst dann in Kraft treten, wenn die durch die Zufuhrabsperzung auf eine schwindelnde Höhe getriebenen Tabakpreise wieder den normalen Stand erreicht haben. Der Ausfall in den erwarteten Mehreinnahmen, der hierdurch entsteht, wird doppelt und dreifach ausgeglichen durch den Ertrag der Wareneinkommensteuer, die sicher 150 Millionen Mark mehr bringen wird, als der Quittungsstempel gebracht hätte, an dessen Stelle sie tritt.

Im ganzen wird man auf einen Ertrag von etwa 700 Millionen Mark aus diesen Verkehrs- und Verbrauchssteuern rechnen dürfen. Die sozialdemokratischen Abgeordneten haben es an der schärfsten Geißelung dieser Steuerpolitik nicht fehlen lassen. Ist es schon in Friedenszeiten verwerflich in höchstem Grade, Handel und Verkehr mit solchen Lasten zu bepacken, die nach der steuerlichen Leistungsfähigkeit nichts fragen und schließlich zum weitaus größten Teil am Konsumenten hängenbleiben, so muß es geradezu verbitternd wirken, wenn in der jetzigen Zeit allgemeiner wirtschaftlicher Not zu derartigen Steuern gegriffen wird. Welche Wirkungen aus einer so gestalteten Steuerpolitik erwachsen können, das ist der Regierung und den bürgerlichen Parteien sehr eindringlich, leider aber ohne Erfolg gesagt worden. Wenn die Zeit kommt, in der wieder eine ungehinderte politische Aussprache im Volke möglich ist — spätestens bei den nächsten Wahlen wird das der Fall sein —, dann werden auch diejenigen, die direkt von den neuen Steuern betroffen werden, ihr Urteil darüber abgeben.

Der scharfe Protest, der gegen diese Steuerpolitik zu erheben ist, kann nicht den Sinn haben, daß die ganze Kiesenlast, die der Krieg an neuen Steuern mit sich bringt, durch Besteuern gedeckt werden soll. Wer sich ein wenig Gedanken macht über diese Fragen, erkennt bald, daß nicht wohl neben den Mehrlasten, die für Gemeinden, Gemeindeverbände, Provinzen und Einzelstaaten zu tragen sind, auch der ganze Mehrbedarf des Reiches von 5 bis 6 Milliarden vom Besitz allein getragen werden kann. Auch der denkende Arbeiter weiß, daß es zum wirtschaftlichen Rückschritt führen würde, wenn die Kapitalanammlung, die der Gründung neuer und Erweiterung bestehender Betriebe dient, völlig unterbunden würde. Aber die Gefahr, daß eine solche Unterbindung durch steuerliche Ueberlastung herbeigeführt wird, besteht noch lange nicht. Es ist jedenfalls unmöglich, den Besitz leer ausgehen zu lassen, wenn es gilt, die ungeheure Kriegsschuld zu begleichen. Wer soll denn die Milliarden aufbringen, wenn nicht der große Besitz zu kräftigen dauernden Beiträgen wenigstens mit herangezogen wird? Das für die Entwicklung des Wirtschaftsprozesses notwendige Kapital soll nicht weggefordert werden, wohl aber darf der übermäßige Genuß und Luxus der Reichen eine Einschränkung erfahren. Es ist nicht zuviel verlangt von der Oberschicht der Gesellschaft, wenn sie zum Lohn dafür, daß die Millionen Kämpfer aus den breiten Massen ihnen ihre behagliche Existenz verteidigt haben, eine längere Zeitperiode hindurch sich in ihrem Wohlleben einige Beschränkung auferlegen sollen, damit auch die Reichskasse zu ihrem Recht kommt. Ohne ergiebige Reichsbeiträge geht es bei der großen Neuordnung der Reichsfinanzen, die nach dem Kriege nötig ist, nicht ab. Was jetzt an Besteuern beschlossen wurde, sind einmalige Steuern. Aber die Abgabe vom Vermögensbestand ist ebenso wie die Vermögenszuwachssteuer trotz aller Verwahrungen der bundesstaatlichen Finanzminister doch schon ein Einbruch in das Gehege, das die Einzelstaaten für sich allein beanspruchten. Die Kriegsgewinnsteuer ist in Wahrheit auch eine Einkommensteuer. Denn der Vermögenszuwachs, den sie erfasst, stammt doch normalerweise aus dem Einkommen. Die Sätze, in denen sie erhoben wird, werden wahrheitsgemäß in künftigen Fällen nicht in voller Höhe wieder Anwendung finden. Aber daß bei großen Vermögensvermehrungen fester zugegriffen werden kann, als es nach dem Reichsbeitragssteuergesetz, das 1913 geschaffen wurde, und das neben der Kriegsgewinnsteuer zur Anwendung kommt, zu geschehen hat, das wird das deutsche Volk aus der Kriegsgewinnsteuer lernen. In der Höhe, in der die Steuerliche Annahme fanden, gehen sie erheblich über die Regierungsvorschläge hinaus. Es werden erhoben, wenn der Zuwachs des Vermögens mehr als 3000 Mr. beträgt, von den ersten 10 000 Mr. 5 Prozent, den nächsten 10 000 Mr. 10 Prozent, den nächsten 10 000 Mr. 15 Prozent, den nächsten 20 000 Mr. 20 Prozent, den nächsten 50 000 Mr. 25 Prozent, den nächsten 100 000 Mr. 30 Prozent, den nächsten 200 000 Mr. 35 Prozent, den nächsten 300 000 Mr. 40 Prozent, den nächsten 500 000 Mr. 45 Prozent und von den weiteren Beträgen 50 Prozent. Dazu kommen die Abgaben der Gesellschaften vom Mehrgewinn, die von 10 bis 30 Prozent ansteigen. Der Fall ist also möglich, daß neben den sonstigen Jahressteuern von einem aus einer Aktien-gesellschaft erzielten Vermögenszuwachs 75 Prozent an Steuern zu zahlen sind. Das ist jedoch nur bei Mehrgewinnen von Millionen denkbar. Bei Vermögensvermehrungen von „nur“ Hunderttausenden vermindert sich der Steuerlag schon erheblich, wenn gleich er dank dem Vorwärtsdrängen der Sozialdemokratie auch hier eine beträchtliche Erhöhung erfahren hat.

Die Volkseinkommensteuer hat also schon diesmal bewirkt, daß der Satz der Regierungsvorlage hinausgegangen wurde. Von der Volkseinkommensteuer und von dem Nachdruck, wie sie sich Geltung verschafft, wird es abhängen, ob die Besteuerung und Besteuerung weitergetrieben werden. Anlaß dazu besteht genug, sich mit diesen Fragen dauernd zu beschäftigen. Denn die beschlossenen Steuererhöhungen sind nur das Vorstadium zur Erledigung der großen steuerpolitischen Aufgabe, die der Krieg unabweislich im Gefolge hat. Die Ar-

beiterchaft insbesondere muß in den Kämpfen, die damit verbunden sind, ihre Interessen wahren. Keiner darf annehmen, die vielbesprochene „Neuorientierung“ werde ohne weiteres zu neuen Grundfäden im öffentlichen und staatlichen Leben führen. Nein, die Neuorientierung kann nur so erreicht werden, daß die Massen sich rühren, bei den Gleichgültigen für ihre eigenen Lebensfragen das Interesse wecken, die Erfahrungen und Lehren der Kriegszeit ausnützen und den nötigen Druck zum Schutz ihrer Lebensbedingungen ausüben. Nur so wird eine Neuorientierung möglich sein.

**Aus dem Reichstag.**

Der Reichstag hat am 8. Juni seine Pforten geschlossen, nachdem er zuvor, zum Teil mit überhasteter Eile, seine Arbeiten beendet hat. Als mit der zweiten Lesung des Etats des Reichsamts des Innern begonnen wurde, war zunächst der Plag des Staatssekretärs des Innern nach dem Rücktritt Delbrücks verwaist. Der Unterstaatssekretär Richter antwortete als Vertreter der Regierung auf die Forderung der Sozialdemokraten nach Beseitigung des Notgesetzes, welches Ausnahmen von den Bestimmungen zum Schutze der weiblichen und jugendlichen Arbeiter zuläßt, daß solche Ausnahmen nur in ganz besonderen Fällen nach sorgfältiger Prüfung gestattet wurden. Auf das Recht, solche Ausnahmen zu gestatten, will aber die Regierung noch verzichten. Für die von einigen Generalkommandos herausgegebenen Sparzwangserlasse für jugendliche Arbeiter lehnt das Reichsamt des Innern die Verantwortung ab, sie sind ausschließlich von den Militärbehörden ausgegangen. Der Reichstag hat übrigens die Aufhebung dieser Erlasse gerichtete Resolution abgelehnt, doch dürften die Unzuträglichkeiten, die sich daraus ergeben haben, die verantwortlichen Stellen trotzdem zwingen, diese Angelegenheit noch einmal gründlich zu prüfen. Das Nachhakenverbot soll nach Beendigung des Krieges nicht sofort aufgehoben werden; ein Bedürfnis, durch ein besonderes Gesetz diese Bestimmung, die durch eine einfache Verfügung des Reichskanzlers aufgehoben werden kann, dauernd zu sichern, erkennt aber die Regierung noch nicht an. In bezug auf die Regelung des Arbeitsnachweises und der Arbeitslosenfürsorge sprach sich der Regierungsvertreter sehr zurückhaltend aus. Die Regierung will diese Fragen im Auge behalten, sie glaubt aber, daß die Arbeitslosigkeit nach dem Kriege nicht sehr groß sein wird. Wenn wir auch wünschen, daß sie in ihrer Erwartung nicht getäuscht wird, so muß doch trotzdem gefordert werden, daß in dieser Hinsicht recht bald etwas Positives geschieht.

Am 24. Mai stellte sich der seitherige Schatzsekretär Helfferich dem Reichstag in seiner neuen Eigenschaft als Staatssekretär des Innern vor. Am gleichen Tage begann die große Aussprache über die Zensur und den Belagerungszustand, die sich in ihrem Verlauf zu einer hochpolitischen Debatte über die Kriegsziele und die Friedensfrage auswuchs. Der Belagerungszustand gibt den Militärbehörden eine außerordentliche Machtbefugnis, von der in recht vielen Fällen ein sehr rücksichtsloser Gebrauch gemacht wird. Von allen Seiten wurden scharfe Klagen über das unverständliche Walten der Zensur vorgetragen und über Maßnahmen, die auf Grund des Belagerungszustandes getroffen wurden. Unter solchen Maßnahmen haben auch die Parteien der Rechten zu leiden, die mit ihren Angriffen gegen die Regierung nicht hinterm Berge hielten. In ihren Wünschen sind allerdings die Konservativen bescheiden; sie wären völlig zufrieden, wenn Belagerungszustand und Zensur nur ihnen die volle Freiheit zur Verfolgung ihrer Ziele ließen. Daß die anderen Parteien die Wirkung dieser Einrichtungen spüren, finden sie ganz in der Ordnung. Die Regierung stellt sich auf den Standpunkt, daß sie für die auf Grund des Belagerungszustandes getroffenen Maßnahmen keine Verantwortung trage. Sie habe den militärischen Befehlshabern keine Weisung zu geben. Mit der Verhängung des Belagerungszustandes gehe die vollziehende Gewalt an diese über, und die kommandierenden Generale sind allein dem Kaiser verantwortlich. Diese staatsrechtliche Theorie ist vom monarchischen Standpunkt aus gefährlich. Das ist ja der Sinn der Ministerverantwortlichkeit, daß die Person des Herrschers durch seine Ratgeber gedeckt wird. Die Minister, im Deutschen Reich der Reichskanzler, übernehmen für alle Handlungen des Herrschers die Verantwortung gegenüber der Volksvertretung. Wird diese Verantwortung abgelehnt, dann treffen die Vorwürfe des Parlaments unmittelbar den Herrscher. Zum Ueberflus wurde aber noch der schlüssige Nachweis geführt, daß die gesetzlichen Voraussetzungen für die Aufrechterhaltung des Belagerungszustandes nicht mehr vorhanden sind, und daß während der Geltungsdauer des Belagerungszustandes die Willkür der militärischen Kommandanten an der Gesetzgebung eine Grenze findet, für deren Innehaltung die Regierung der Volksvertretung verantwortlich ist. Aber trotz der von allen Seiten erhobenen Klagen wird schwerlich eine Aenderung eintreten, denn der Antrag auf Aufhebung des Belagerungszustandes und der Zensur wurde gegen die Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt; angenommen wurde nur eine Resolution, die eine Milderung des Belagerungszustandes und der Handhabung der Zensur fordert.

In der Beratung der Steuergesetze, die wir an anderer Stelle besprochen, knüpfte sich die Erledigung einiger kleinerer, aber deshalb nicht unwichtiger Gesetze. Die Herabsetzung der Altersgrenze für den Bezug der Altersrente von 70 auf 65 Jahre ist vom Reichstag beschlossen worden und wird nun wohl bald in Kraft treten. Das Kapitalabfindungsgesetz soll Kriegserkrankten und den Witwen von Kriegsteilnehmern die Möglichkeit geben, durch Kapitalisierung der Rente eigenen Grundbesitz zu erwerben. Die Abfindung darf sich nur auf die Kriegs- und die Vermögenszulage erstrecken. Die Abfindungssumme beträgt, wenn der Verletzte das 21. Lebensjahr vollendet hat, das 18/10fache der Versorgungsgebühre. Bei höherem Alter ermäßigt sich der Abfindungssatz, und er beträgt beim 55. Lebensjahr nur noch das 8/10fache. Die eigentliche Rente kann nicht kapitalisiert werden; sie bleibt dem Verletzten unter allen Umständen erhalten. Auch die

Novelle zum Vereinsgesetz wurde in der Fassung der Regierungsvorlage unverändert angenommen. Gegen die beiden letztgenannten Gesetze stimmte die Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft. Wir haben schon kürzlich hinsichtlich des Vereinsgesetzes darauf hingewiesen, daß sachliche Gründe, dieses Gesetz abzulehnen, nicht vorliegen. Es erfüllt bei weitem nicht unsere Wünsche, aber es schützt die Gewerkschaften gegen Verfolgungen, wie sie vor dem Kriege eingeleitet worden waren. Die Ablehnung dieses Gesetzes durch die „Arbeitsgemeinschaft“, und ähnlich liegt es beim Kapitalabfindungsgesetz, ist lediglich eine Folge der Spaltung der sozialdemokratischen Fraktion, aus welcher der abgesplitterte Flügel das Bedürfnis herleitet, bei möglichst vielen Gelegenheiten zu zeigen, daß er sich tatsächlich von der alten Fraktion unterscheidet.

Das gleiche Schauspiel erlebte man bei Abstimmung über das Kriegsteuergesetz. In dem ganzen Steuerbillet ist das die einzige direkte Steuer, die von den Besitzenden erhoben wird, deshalb stimmte die sozialdemokratische Fraktion, welche die anderen Steuergesetze ablehnte, für dieses Gesetz. Die „Arbeitsgemeinschaft“ lehnte es ab, weil es Mittel zur Fortsetzung des Krieges schafft und geeignet ist, eine wirkliche Kriegsgewinnsteuer zu vereiteln. Wir können uns dieser Auffassung nicht anschließen, denn die Ablehnung dieser Steuer auf den Besitz würde lediglich zur Folge haben, daß die Besitzenden von jeder Sondersteuer befreit werden. Es handelt sich hierbei nicht um grundsätzliche Gegensätze, sondern lediglich um taktische Maßnahmen, wie sich ja schließlich auch beide Fraktionen in der Ablehnung des Gesamtbillets bei der Schlussabstimmung zusammenfanden. Die neuen Steuern gaben dem Etat das Gepräge und deren Grundzug ist die Belastung der breiten Masse durch Verbrauchs- und Verkehrssteuern, unter weitgehender Schonung der tragfähigen Schultern. Gegen diese Politik protestieren die Sozialdemokraten durch die Ablehnung des Gesamtbillets.

Die dritte Lesung des Etats war durch eine Rede des Reichskanzlers eingeleitet worden, die ungeheures Aufsehen erregt hat. Bethmann Hollweg nahm eine sehr gründliche Abrechnung mit den Kriegstreibern auf der Rechten vor. Die Konservativen und ein Teil der Nationalliberalen, das heißt die Großagrarien und die Schwerindustrie, führen schon lange einen Minenkrieg gegen den Reichskanzler. Sie nehmen an, daß er die Sozialdemokraten nicht mehr unbedingt als Reichsfeinde betrachtet; die höchste Erbitterung dieser Herren, die sich immer rühmen, den Patriotismus in Erbpacht genommen zu haben, erregt es aber, daß Bethmann Hollweg ihren Wünschen keine Folge leistet, die dahin gehen, durch die rücksichtslose Führung des Unterseeboottkrieges es zum Konflikt mit Amerika und den übrigen Neutralen zu treiben. Diese Angelegenheit hat schon früher die Öffentlichkeit lebhaft beschäftigt. In der Haushaltskommission des Reichstages haben die Regierungsvertreter Luststücke gegeben, von denen man annehmen durfte, daß sie auch die ungebärdigen Kriegstreiber befriedigten. Die damals erfolgte Entlassung des Marine-Sekretärs Tirpitz war die öffentliche Dokumentierung des Sieges, den Bethmann Hollweg im Hintertreppenkampf gegen seine Widersacher davongetragen.

Jetzt machten die Kriegs- und annexionswütigen Ueberpatrioten gelegentlich der Zensurdebatte einen neuen Vorstoß. Der Gedanke, daß es ihnen nicht möglich ist, den Kaiser in ihrem Sinne zu beeinflussen, ist ihnen unerträglich. So stark ist ihr Streben nach Macht und Einfluß, daß sie alle Rücksicht auf die Sicherheit des Reiches beiseite lassen und in öffentlicher Sitzung Fragen zur Sprache bringen, auf welche ihnen mit Rücksicht auf die Landesverteidigung die erforderliche Antwort nicht öffentlich gegeben werden kann. Gegen diese seine Widersacher und die Treibereien, die durch geheime und offene Druckschriften unterstützt werden, wandte sich der Reichskanzler mit anerkannter Würde und Rücksichtlosigkeit und Schärfe. Hierbei nahm er sich neben einer anonymen Broschüre auch eine Schrift des durch seinen Kampf gegen die „Volksfürsorge“ unruhig bekanntgewordenen General-Landschaftsdirektors Rapp vor, der bei dieser Gelegenheit böse unter die Räder geriet. Man hat diese Rede des Reichskanzlers eine Flucht in die Öffentlichkeit genannt; jedenfalls hatte sie und die darauffolgende Debatte die Wirkung eines lustreinigenden Gewitters.

Mit der Forderung eines neuen Kriegskredits von 12 Milliarden führte sich der neue Reichsschatzsekretär Graf Rüdern ein. Diese Kredite wurden nach kurzen Erklärungen der sozialdemokratischen Fraktion, die sich für die Bewilligung aussprach, und der sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft, die sie ablehnen, gegen die Stimmen der letzteren angenommen. Wenn auch beide Fraktionen zu entgegengesetzten Resultaten kommen, so zeigte sich in der in den beiden Erklärungen zum Ausdruck gelangenden Auffassung kaum ein Unterschied. Beide Fraktionen treten für einen baldigen Friedensschluß ein, beide sind gegen Annexionen. Die sozialdemokratische Fraktion bewilligt die Kredite in Anerkennung der Pflicht zur Vaterlandsverteidigung. Es ist nicht bedeutungslos, daß in der Erklärung der „Arbeitsgemeinschaft“, die sie ablehnt, gegen die Stimmen der letzteren hält diese Erklärung keine Verneinung der Vaterlandsverteidigung, und das ist wichtig. Es handelt sich, das hat diese Abstimmung von neuem erwiesen, bei den beiden Fraktionen nur um gegensätzliche Auffassung über die Taktik, die am besten zu dem von beiden verfolgten Ziel führt. Um so bedauerlicher ist die Spaltung, die nur die Wirkung hat, die Arbeiterkraft zu schwächen und die Verwirklichung der angestrebten Ziele zu erschweren.

Diese Uebereinstimmung zwischen den beiden Fraktionen kam auch in der Debatte über die Ernährungsfrage zum Ausdruck, in welcher die auf diesem Gebiet begangenen Sünden schonungslos offengelegt wurden. Der Präsident des Kriegsernährungsamts, v. Batoeki, machte in einer beifällig aufgenommenen Rede Andeutungen über die Art, wie er sein Amt zu verwalten gedenkt. Wir wollen nur wünschen, daß es gelingt, die Ernährung des Volkes wirklich sicherzustellen. Augenblicklich liegen die Verhältnisse außerordentlich schlimm, und für die nächsten Wochen bis zur Ernte konnte auch eine wirksame Abhilfe nicht in Aussicht gestellt werden. Man hat aber dem Bucher und der Freistreiberei sozial Gelegenheit gegeben, sich zu entfalten, daß man es schon mit Befriedigung aufnehmen wird, wenn wenigstens

diese Quelle der Lebensmittelnot durch energische Maßnahmen verstopft wird.

Nach einer Reihe von Dauerstimmungen wurde die siebente Kriegstagung des Reichstages am 8. Juni geschlossen. Der Reichstag ist bis zum 26. September vertagt.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Mit dem Erscheinen dieser Zeitungsnnummer ist der 25. Wochenbeitrag für das Jahr 1916 fällig geworden.

Nachstehend verzeichnete Mitgliedsbücher sind als verloren gemeldet und werden hiermit für ungültig erklärt:

- 123653 Alois Praus, Drechsler, geb. 26. 7. 77 zu Johndorf; 143571 Otto Eccarius, Eschl., geb. 1. 2. 62 zu Berlin; 544229 Paul Frenzel, Polierer, geb. 17. 8. 53 zu Berlin; 564180 Konrad Iser, Hornpresster, 12. 8. 58 zu Rauschgrund.

Berlin SO. 16, Am Köllnischen Park 2.

Der Vorstand.

Korrespondenzen.

Königsberg i. Pr. Die Sektion der Parkettleger nahm am 4. Januar 1916 in einer vollständig besuchten Sektionsversammlung zu dem bestehenden Tarifvertrage Stellung. Infolge der enormen Steigerung aller zur Lebenshaltung gehörigen Bedarfsartikel wurden Ergänzungspreise zum Tarif festgesetzt. Hierdurch wurden die Nebenarbeiten, als Auslagen für Wachs und Stifte, mit 25 Pf. pro Quadratmeter, Abreiben von 5 auf 10 Pf. und Abputzen von altem Boden von 90 Pf. auf 1,25 Mk. pro Quadratmeter bemessen. Der Stundenlohn wurde von 70 Pf. auf 1 Mk. erhöht. Diese Ergänzung und der bisherige Vertrag werden von den Firmen anerkannt. Diese sowohl als die Kollegen sind dabei auf ihre Rechnung gekommen. Es ist auch bisher keiner hiesigen Firma eingefallen, andere Preise zu formulieren. Seit der "Entdeckung" Ostpreußens wollen aber auch auswärtige Firmen dieser Provinz ihre Fürsorge zuteil werden lassen. Sie denken dabei aber in erster Linie an sich. Leider finden sie dabei noch bei manchen Kollegen willfährige Hilfe, indem dieselben sich nicht um die bestehenden Tariffälle kümmern. So ließen sich dieser Tage einige Berliner Kollegen in Gumbinnen für Verlegen in Asphalt 1,60 Mk. ausbringen. Der Tarifpreis ist 2,30 Mk. Die Kollegen arbeiten also pro Quadratmeter 70 Pf. billiger. Mit Schimpfen ist uns hier nicht geholfen, sondern es muß tüchtig in den Zahlstellen unter den Parkettleger gearbeitet werden. Die Bauten sind in Ostpreußen überall im Gange. Parkettboden wird schon vom kleinsten Bauherrn vorgezogen. Ostpreußen wird also die Arbeitsstätte vieler Kollegen werden. Die Frage der Lohn- und Arbeitsbedingungen ist daher für die Parkettleger brennend. Die Kosten des Unterhalts, insbesondere in den ländlichen Orten, erfordern unbedingt Höchsthalten des Königsberger Tarifs. Was hier mit Mühe aufgebaut wurde und festen Stand erlangt hat, daran dürfen die auswärtigen Kollegen nicht achtlos vorübergehen, zu ihrem und anderer Kollegen Schaden. Pflicht jedes Kollegen ist, ehe er nach Osten fährt, vorerst sich in Königsberg im Verbandsbureau zu informieren. Dasselbst ist auch der für Ost- und Westpreußen gültige Königsberger Tarif erhältlich. Wir sind auch zur brieflichen Auskunft gern bereit. Verbandsbureau und Arbeitsnachweis für Parkettleger ist: Königsberg, Border-Rohgarten 61/62, Gewerkschaftshaus.

Lohnbewegungen und Steuerungszulagen.

Reichstarif für Geschloßfärbe.

Für die jetzt neu anzufertigenden Arten von Geschloßfärben, die im Reichstarif nicht enthalten sind, wurden in Verhandlungen mit dem Verbands selbständiger Korbmacher die nachstehenden Arbeitslöhne vereinbart:

Table with columns: Art der Arbeit, Klasse I, Klasse II, Klasse III. Rows include Granatenkorb, Boden mit Rumpf, 4 Fächer mit Bügel, etc.

Aus dem Gau Frankfurt a. M.

Seit Herbst vorigen Jahres haben sich auch in unserem Gau die Kollegen nach Kräften bemüht, die Löhne zu erhöhen oder Steuerungszulagen zu erreichen. Am Jahresende konnten wir feststellen, daß in 15 Zahlstellen zirka 1600 Kollegen eine Steuerungszulage bekamen, die sich auf 150 Mk. bis 3 Mk. durchschnittlich pro Woche belief. Ungefähr die Hälfte der in Frage kommenden Kollegen war allerdings in gemischten Betrieben bei Anfertigung von Perresbedarf tätig.

In diesem Jahre setzten unsere Kollegen besonders in den Betrieben der Holzindustrie ihre Bemühungen fort und erzielten auch wieder recht annehmbare Erfolge. Der Arbeitgeber-Schutzverband hat sich sehr passiv verhalten, so daß, wo diese Organisation in Betracht kam, wurden in den meisten Fällen die Verhandlungen abgelehnt oder wir erhielten auf Eingaben um Steuerungszulage eine ablehnende

Antwort. Nur in Mainz und Darmstadt konnten wir mit der Arbeitgeberorganisation eine Vereinbarung über eine allgemeine Steuerungszulage herbeiführen. Unsere Kollegen ließen sich jedoch auch in den anderen Orten durch das Verhalten der Arbeitgeberorganisation nicht abschrecken, sie versuchten vielmehr werktattweise zum Ziele zu kommen. Ueber die Bewegung bei der Firma J. Bröning u. Sohn A.-G. in Langenbiebach bei Hanau, die mit der Bewilligung einer zehnprozentigen Lohnerhöhung endete, haben wir bereits kurz berichtet. Weiter erreichten wir in Würth und Amorbach in den beiden Betrieben der Firma Cäsar Fuchs u. Cie. eine Erhöhung der Steuerungszulage. Seit Mitte vorigen Jahres erhielten die verheirateten Kollegen 1,25 Mk. pro Woche. Jetzt erhalten auch die Ledigen eine Zulage, und zwar Jugendliche 75 Pf., ältere Ledige 1,50 Mk. pro Woche. Für verheiratete Arbeiter wurde die Zulage auf 2,50 Mk. pro Woche erhöht. In beiden Betrieben sind 145 Kollegen beschäftigt. In Edenkoben bewilligte die Firma Niederhöfer, Möbelfabrik, ihren Arbeitern auf Vortstellungwerden eine Lohnerhöhung von 3 Pf. pro Stunde für verheiratete Kollegen, die ledigen erhalten 2 Pf. pro Stunde. Auch in Neu-Isenburg reagierten die Arbeitgeber auf unsere Eingabe, die wir an die einzelnen Arbeitgeber gerichtet haben, und gewährten eine Aufbesserung. In einem Betriebe mit neun beschäftigten Kollegen werden 3 Mk., in den anderen Betrieben 2 Mk. pro Woche gezahlt. In Wiesbaden lehnte die Organisation der Arbeitgeber eine Verhandlung über Steuerungszulage ab, wir waren deshalb gezwungen, uns mit einer Eingabe an die einzelnen Firmen zu wenden. Der bisherige Erfolg ist, daß fast alle Kollegen eine Zulage erhalten in Höhe von 1,50 Mk. bis 2 Mk. pro Woche. Nur zwei kleine Betriebe sowie die Firma Gail machen eine unrühmliche Ausnahme. Letztere Firma sollte eigentlich mit gutem Beispiel vorangehen, denn der Inhaber ist wohl heute noch Vorsitzender des dortigen Schutzverbandes für das Holzgewerbe. Die Möglichkeit besteht in diesem Betriebe genau so gut wie in den anderen. Die Mitglieder des Schutzverbandes in Mannheim ließen uns auf unsere erneute Eingabe um Steuerungszulage eine Antwort zugehen. Sie wollen noch wie vor von Verhandlungen nichts wissen und überlassen es dem einzelnen Arbeitgeber, die Sache mit seinen Arbeitern zu regeln. Eine gleiche Eingabe an die Vereinigung der Schreinermeister hatte besseren Erfolg. Diese Organisation erklärte sich zu Verhandlungen bereit, und es kam zu einer Verständigung auf der Grundlage, daß die verheirateten Kollegen 5 Pf. pro Stunde erhalten und die ledigen Kollegen 3 Pf., jedoch soll letztere Zulage nur für jüngere Ledige gelten. Nachdem diese Zulage bewilligt war, regte sich auch der Schutzverband. Er beschloß, seinen Mitgliedern zu empfehlen, eine Lohnzulage von 3 Pf. pro Stunde zu gewähren. Darauf ließen sich unsere Kollegen nicht ein, sie verlangten überall die von der Vereinigung zugestandene Lohnerhöhung und haben sie auch in fast allen Betrieben zur Durchführung gebracht. Ablehnend verhalten sich nur einzelne Unternehmer, darunter auch Fäsig u. Sohn in Ludwigshafen. Diese Firma hatte fortgesetzt und auch gegenwärtig noch große Heeresaufträge und hat unseres Erachtens riesige

Verdienste erzielt, aber trotzdem erhalten die Arbeiter nicht die tariflichen Zuschläge für Ueberstunden und Sonntagsarbeit, die überreichlich, fast ständig geleistet werden mußten, und auch die Akkordpreise sind so gehalten, daß nicht viel über den Mindestlohn verdient wird. Wir haben uns beschwerdeführend an das zuständige Generalkommando wenden müssen, um zu erreichen, daß wenigstens der Tarifvertrag gehalten wird, weil eine Beschwerde an die Arbeitgeberorganisation fruchtlos war. Hoffentlich läßt sich nun auch diese Firma halb herbei, ihren Arbeitern eine Steuerungszulage zu gewähren. Weiter können wir noch berichten, daß in den Möbelwerken die monatliche Steuerungszulage von 10 Mk. auf 14 Mk. erhöht wurde.

In Höchst a. M. haben zwei Firmen Zulagen gewährt. Bei der Firma Wauer, Baugeschäft, wurden die Stundenlöhne um 4 Pf. erhöht, und bei Fr. Jos. Palm, Möbelfabrik, erhalten die Kollegen 1,80 Mk. pro Woche mehr. Auch in Heidelberg blieb es bei Einzelbewilligungen, in einem Betrieb werden 2,40 Mk., in einem anderen 2 Mk. pro Woche zugelegt. In der Verhandlung, die wir mit der Organisation der Arbeitgeber hatten, versprachen die Vertreter der Arbeitgeber, in ihrer Versammlung Stellung zur Steuerungszulage zu nehmen. Voraussetzlich werden auch die anderen Unternehmer, besonders wenn unsere Kollegen nicht locker lassen, dem guten Beispiel der beiden Firmen, die eine Zulage bewilligt haben, folgen. Recht sonderbar verhielten sich die Arbeitgeber in Frankfurt a. M. Unsere Eingabe um Steuerungszulage wurde abschlägig beantwortet; Schutzverband und Innung erklärten, das sei Sache der einzelnen Arbeitgeber, eine generelle Regelung sei nicht möglich. Wurden nun die Kollegen bei ihren Arbeitgebern vorstellig, dann belamen sie meist die Antwort: Wendet euch doch an unsere Organisation. Auch bei der Firma Schneider u. Hanau A.-G., Möbelfabrik, wurden unsere Kollegen zunächst in dieser Weise abgespeist, ihnen riß aber die Geduld, und die meisten Kollegen suchten und fanden auch bald andere Arbeitsstellen bei höherem Lohn und kehrten dann dem Betriebe den Rücken. Den noch im Betriebe Verbliebenen wurde sodann eine Zulage von 5 Pf. pro Stunde gewährt. Auch in anderen Betrieben gingen die Kollegen gesondert vor, mit dem Erfolge, daß eine Anzahl Arbeitgeber die Verdienste ihrer Arbeiter aufbesserten, viele Kollegen konnten auch durch Wechsel der Arbeitsplätze einen höheren Stundenlohn erzielen. Nun endlich konnte auch der Schutzverband Stellung zur Steuerungszulage nehmen. Ohne mit uns zu verhandeln, wurde beschlossen, eine Zulage von ganzen 3 Pf. die Stunde zu bewilligen. In einem Flugblatt, betitelt "An unsere Arbeiter", wurde dieses Zugeständnis den Kollegen mitgeteilt und gleichzeitig die Anforderung an sie gestellt, die Arbeitszeit pro Tag um eine halbe Stunde zu verlängern. Ganz skrupellos setzten sich die Arbeitgeber damit über Vertragsbestimmungen hinweg und behaupteten noch allen Ernstes, es geschehe nur im Interesse der Arbeiter. Die Steuerungszulage haben unsere Kollegen, wenn sie auch reichlich spät kam, akzeptiert, aber die Zumutung des Vertragsbruches dankend abgelehnt.

So ist also auch in unserem Gau durch gemeinsames Streben in letzter Zeit wieder manche Verbesserung des

Arbeitslosigkeit im Monat Mai 1916.

Table with columns: Gau, Arbeitslose Mitglieder am Orte, Unterstützung haben erhalten. Rows include Danzig, Stettin, Breslau, Berlin, Dresden, Leipzig, Erfurt, Magdeburg, Hamburg, Hannover, Düsseldorf, Frankfurt, Nürnberg, München, Stuttgart, Hauptkasse, and monthly data for 1916.

Aus nachstehend angeführten Zahlstellen wurde ein Bericht nicht eingelangt: Goldap, Johannisburg, Löhren-Santer, Jossen - Grothartmannsdorf - Ostheim, Schwarze - Salzwedel - Neumünster, Neustadt i. Holst. - Münden, Steinheim i. Westf. - Gelsenkirchen - Birmasens - Kitzingen, Röttenbach - Lindau - Mülheim a. D., Tailfingen, Troßingen.

Zur besseren Uebersicht über den unterschiedlichen Umfang der Arbeitslosigkeit fügen wir noch folgende Vergleichszahlen bei:

Table with columns: Zahl der Arbeitslosen am letzten Tage des Monats, Auf je 100 Mitglieder entfallen Arbeitslose am letzten Tage. Rows include monthly data for 1911-1916.

Einkommens erzielt worden; wenn auch damit kein voller Ausgleich der Steuerung geschaffen ist, so doch immerhin eine Abschwächung des auf den Kollegen lastenden wirtschaftlichen Drucks.

In Cassel erhielten unsere Kollegen seit Januar 1916 eine Steuerzulage von 50 Pf. pro Arbeitstag. Erneute Eingaben um Erhöhung der Zulage führten schließlich in Verhandlungen, die unter der Leitung des Gewerbegerichts-vorsitzenden gepflogen wurden, zu dem Ergebnis, daß die Steuerzulage vom 1. Juni ab um 30 Pf. und vom 1. September ab um weitere 20 Pf. erhöht wird.

Im Anschluß an die erwähnten Verhandlungen hat der Vorstand der Tischlerinnung eine Eingabe an das Kriegsministerium gerichtet. Es wird darauf hingewiesen, daß die Militärverwaltung beinahe als einzige Auftraggeberin für das Schreinergerwerbe in Betracht kommt, wobei stets dem Billigsten der Zuschlag erteilt wird.

Bei jeder Zuschlagserteilung, welche nach der bisherigen Art erfolgt, werden während der Dauer des Krieges 5 Prozent Aufschlag zugebilligt für Lohnerhöhungen. Diese Lohnerhöhung muß der Arbeitgeber aus den Lohnlisten nachweisen, auch sollen die Arbeiter die Preiserhöhungen dem beurteilenden Beamten bezeugen.

Die Vermaltung unserer Verbandszahlstelle hat sich dieser Eingabe angeschlossen, die immerhin einen Weg zeigt, auf dem die Unternehmer in die Lage versetzt werden können, den Arbeitern die notwendige Steuerzulage zu gewähren.

In Zwickau reichten die Bau- und Möbeltischler am 11. Mai an die Tischlerinnung eine Eingabe um Steuerzulage ein. Dank ihrem geschlossenen Auftreten erreichten sie auch für Verheiratete ab 29. Mai einen Stundenlohnzuschlag von 4 Pf. und für ledige Kollegen einen solchen

von 2 Pf. — In dem Sägewerk von Mödel u. Freitag sind die Kollegen auch vorstelltig geworden und erreichten dort eine Zulage von 1,50 Mk. pro Woche. Die Kollegen in den anderen Betrieben mögen sich daran ein Beispiel nehmen und sich fester an die Organisation schließen, damit auch für sie etwas erreicht werden kann.

Gewerkschaftliches.

Die Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften im Jahre 1915.

Die Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften haben, wie nicht anders zu erwarten war, unter dem Einfluß des Krieges eine beträchtliche Einbuße erlitten; ihre Mitgliederzahl ist aber nach der vorliegenden Abrechnung nicht in gleichem Maße zurückgegangen wie die der anderen Gewerkschaftsrichtungen. Das Jahr 1913 schlossen sie mit 106 618 Mitgliedern ab, 1914 waren es noch 77 749, und nach der in Nr. 45/46 des "Gewerkverein" veröffentlichten Uebersicht schloß das Jahr 1915 mit 61 086 Mitgliedern ab.

Die Mitgliederzahl von 61 086 kommt übrigens nur dadurch zustande, daß eine Reihe von Gewerkschaften mit zusammen 9756 Mitgliedern in den Listen geführt wird, von denen sonst keinerlei Angaben über ihre Tätigkeit oder ihre Rassengebarung gemacht werden.

Günstiger als die Mitgliederentwicklung gestalteten sich die Rassenverhältnisse der Gewerkschaften. Ihre Werbefähigkeit war allerdings, wie die Einnahme von 2166 Mk. aus Eintrittsgeldern bei allen Gewerkschaften beweist, recht bescheiden.

Die nachbenannten Gewerkschaften werden in der neuesten Abrechnung mit mehr als 1000 Mitgliedern aufgeführt:

Table with 4 columns: Gewerkschaft, 1913, 1914, 1915. Rows include Maschinenbau- u. Metallarb., Fabrik- und Handarbeiter, Eisenbahner in Württemberg, Schuhmacher u. Lederarbeiter, Holzarbeiter, Schneider, Textilarbeiter, Zigarren- u. Tabakarbeiter, Brauer.

In welchem Maße durch die beliebte Darstellung der Rassenverhältnisse das wahre Bild verwischt wird, erkennt man aus den an anderer Stelle veröffentlichten Zahlen für die Krankenkasse und die Sterbekasse des Gewerkschaftsverbandes der Holzarbeiter. Dieser Gewerkschaftsverband ist mit 2440 Mitgliedern, darunter 51 weiblichen, und einer Einnahme an Beiträgen von 100 990,52 Mk. in der Zusammenstellung aufgeführt.

Entsprechend der verminderten Mitgliederzahl sind die Gesamteinnahmen von 2 545 047 Mk. im Jahre 1914 auf 1 899 825 Mk. im Jahre 1915 zurückgegangen. Die Gesamtausgaben betragen aber nur 1 858 668 Mk.

Literarisches.

Neue Steuern während des Krieges? Von Gustav Hoch, M. d. R. Verlag Buchhandlung Vorwärts Paul Singer & Co. m. b. H., Berlin. Preis 1 Mk., Vereinsausgabe 60 Pf.

Anzeigen.

Martin Strehle, Schreiner, aus Rösching, sende keine Adresse an Georg Wächter, Zingst, Kreis Rostock. Tüchtige Möbeltischler finden dauernde Beschäftigung. Schleifische Holzwarenfabrik Böfelsdorf, Bezirk Breslau.

10 Möbeltischler auf Speise- und HerrensZimmer für dauernd sofort gesucht. Richard Elze, Hübener & Co. G.m.b.H., Dessau.

Mehrere tüchtige Tischler für furnierte Arbeiten, 1 Maschinenarbeiter und 1 tüchtiger Ueberpolierer bei hohem Gehalt für sofort gesucht. Ader & Felbrappe, Pianofortefabrik, Jena.

Tüchtige Tischler für Bau und auch für Möbel sowie Polierer stellt ein. Rastenburg Möbelfabrik, Rastenburg (Ostpr.).

Tüchtiger Tischlermeister für Feilarbeiten, Speise- u. HerrensZimmer, sofort gesucht. Neugarten & Eichmann, Uslar.

Tischler, welcher selbständig eichene Speisezimmer sauber anfertigen kann, in günstige Gelegenheit geboten, sich an reellen Geschäft zu beteiligen. Offerten unter D. P. 430 an die Expedition dieses Blattes.

Tischler, welche nach Zeichnung arbeiten können, für mehrere Innenaussichten gegen hohen Lohn sofort gesucht. August Stäffel, Hofmöbelfabrik, Herford.

2 tüchtige Tischlerstellen auf Bau und Möbel sucht. Erich Bohe, Tischler mit Kranbetrieb, Baruth (Hartl).

30 Stuhlbauer und Sesselbauer sofort gesucht bei hohen Löhnen und Teuerungszuschlag. Meldungen an Erzgebirgische Holzindustrie Aktiengesellschaft Brand-Erbisdorf bei Freiberg i. Sa.

Tüchtige Stuhlschreiner auf geschweifte Arbeit nach Zürich gesucht. Meldungen bei dem Arbeitsnachweis des Holzarbeiter-Verbandes der Sektion Zürich, im Volkshaus, Zimmer 13.

Tüchtige Stuhlbauer und tüchtige Maschinenarbeiter gesucht. Waldeckische Stuhlfabrik G. m. b. H., Rengersinghausen.

Drehfler auf Bilderrahmen für dauernde und lohnende Beschäftigung gesucht. Kunstanstalt B. Grosz, Alt.-Gej. Leipzig-Neuditz.

Korbmacher für sofort auf grüne Mattarbeit gesucht. Dauernde Beschäftigung gesichert. Emil Hille, Holzgast i. Pomm.

Korbmacher auf Grün, Gemalt und Geblagen stellen bei 40 Prozent Tarifzuschlag jederzeit ein. Gebr. Wetter, Köpchenbrade bei Dresden.

Korbmacher, auf Grün, Gemalt und Geblagen sucht bei 40proz. Kriegszuschlag. Rob. Hörnig, Radewal h. Dresden, Gartenstr. 8.

Korbmacher auf runde 66er Geschloßkörbe, Lohn nach Tarifklasse I, gesucht. Gebr. Wolff, Bernburg.

2 Korbmacher auf Grüngeblagen sucht G. Raiz, Gardelegen (Altmark).

Korbmacher tüchtig und energisch, der imstande ist, einer Unterabteilung von 20 bis 30 Arbeitern und Arbeiterinnen selbständig vorzustehen, für dauernd gesucht. Die Stelle eignet sich sehr gut für Kriegsinvaliden, da mehr auf Ueberwachung und Arbeitszuteilung, als auf eigne Arbeitsleistung gesehen wird. Angebote mit Gehaltsansprüchen usw. erbeten unter Nr. R. S. 431 an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Korbmacher auf 66er Geschloßkörbe bei Tarifklasse 1 sucht Blaes, Charlottenburg, Savignypfad 5. Ein tüchtiger selbständiger Bürstenmacher-Gehilfe wird sofort gesucht. Chr. Simon, Eisenach.

Wir suchen zum sofortigen oder späteren Eintritt

- 2 gute Bandfäher, 1 guten Kreisfäher, 1 geübten Bürstenschleifer, 1 Leimer und 2 Borstenzurichter und sehen Angeboten entgegen. Bürsten- und Pinselfabrik Danauerschingen, normals Metz & Co., G. m. b. H.

Schzehn Jahre in Sibirien von G. Deusch. 9. Aufl. Gebunden 3,50 Mk. Verlagsanstalt d. Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Paritätische Arbeitsnachweise im deutschen Holzgewerbe.

Verwaltet vom Arbeitgeber-Schutzverband für das deutsche Holzgewerbe und dem Deutschen Holzarbeiter-Verband

Table with 2 main columns: Ort, Wochenbericht vom Sonnabend, 3. Juni, bis Freitag, 9. Juni 1916. Sub-headers: A = Im Laufe der Woche besetzte Arbeitsstellen, B = Offene Arbeitsstellen, C = Gemeldete Arbeitslose am Schluß der Woche. Rows list various locations like Berlin, Bremen, Breslau, etc.

Aus meinem Leben 3 Teile gebunden 7,25 Mk., Geschenk-A. 8,50 Mk. Verlagsanstalt d. Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Krieg und Gewerkschaften. Wir empfehlen folgende Schriften von W. Braun: Gewerkschaften. Betrachtungen und Ueberlegungen während des Weltkrieges. 168 S. Geb. 1,50 Mk. Die Gewerkschaften, ihre Entwicklung und Kämpfe. Eine Sammlung von Abhandlungen. 503 S. Elegant geb. 6,00 Mk. Gewerkschaften und Sozialdemokratie. 48 S. Geb. 0,20 Mk. (Sm Buchhandel 0,50 Mk.) Verlagsanstalt des Deutschen Holzarb.-Verbandes Berlin SO. 16.

Eingelegte Furniere für Nähtische, Schatullen, Füllungen. Musterbogen gegen 20 Pfennig in Briefmarken. Zahlreiche Anerkennungsschreiben. E. Biller, Marqueter, Heidelberg Theater-Strasse 7.

Bei Bedarf an Bleistiften und Maßstäben verlange man Preisliste von der Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes G.m.b.H., Berlin SO. 16, Am Kölln. Park 2.